



Dr. Oliver Schenker (ZEW Mannheim)

Bezahlbarkeit, Fairness, Vertrauen: Wie die Energiewende gelingen kann

Die Energiewende tritt in eine Phase, in der Verbraucher/innen selbst zu zentralen Akteuren werden, da Klimapolitik nun direkt in deren Entscheidungen hineinwirkt. Aus ökonomischer Sicht gilt die Bepreisung von Treibhausgasemissionen als das effizienteste Instrument, das in Europa bislang in erster Linie in Energie- und Industriesektoren eingesetzt wurde. Da mit einigem Erfolg: Seit dem Start des europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS) im Jahre 2005 sind die Emissionen in den regulierten Sektoren um etwa 51 Prozent gesunken. Durch die Ausweitung des Emissionshandels auf den Gebäude- und Verkehrssektor über das zweite Emissionshandelssystem (EU ETS2), voraussichtlich im Jahr 2028, wird ein zentraler Pfeiler der Energiewende für die Haushalte direkter spürbar. Modellrechnungen erwarten Preisen zwischen 100 und 300 Euro pro Tonne CO₂ für die erste Hälfte der 2030er Jahre (siehe Abbildung 1), was einer ungefähren Verdoppelung bis Verfünffachung gegenüber den heutigen Preisen entspricht. Damit werden Kauf- und Investitionsentscheidungen von Haushalten zu entscheidenden Faktoren für den Erfolg der Energiewende, aber auch der dem Wahlerfolg von Parteien, weil sozial- und verteilungspolitische Aspekte der Klimapolitik in den Fokus rücken. Maßnahmen mit spürbaren Belastungen sind politisch nur tragfähig, wenn sie als legitim wahrgenommen werden. Werden Belastungen als unfair wahrgenommen, kann die Akzeptanz schnell sinken oder gar kippen. Dieser Policy Brief erläutert die Evidenz hinter diesen Zusammenhängen und diskutiert politische Handlungsoptionen, die diese Aspekte mitberücksichtigen.



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

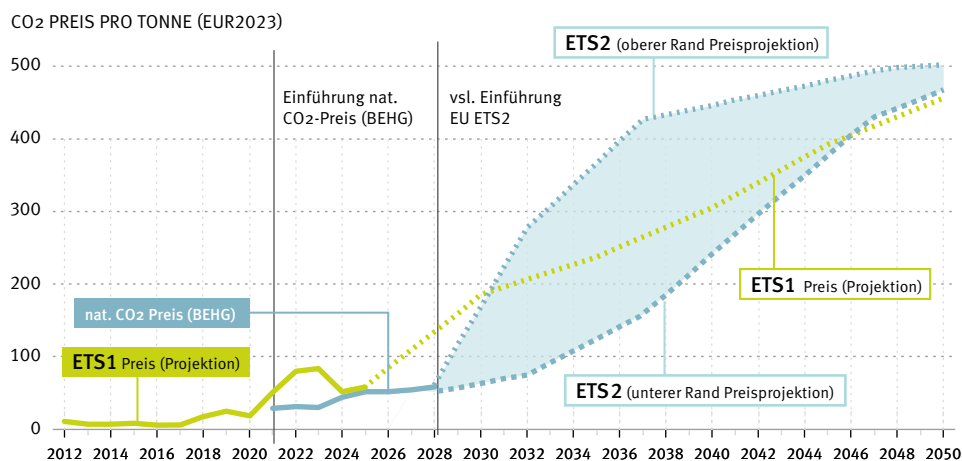
- Die CO₂-Bepreisung soll im Zentrum der Klimapolitik stehen. Sie ist effizient und adressiert das Problem direkt. Damit sie politisch tragfähig bleibt, braucht sie flankierende Maßnahmen und eine frühzeitige, transparente Kommunikation über ihre Wirkungen und Ausgleichsmechanismen.
- Solche die CO₂-Bepreisung flankierende Maßnahmen sollten gezielt jene Haushalte unterstützen, die durch steigende CO₂-Preise überproportional belastet werden und nur begrenzte Möglichkeiten haben, ihr Verhalten kurzfristig anzupassen.
- Wenn nötig, sollte Haushalten Investitionen in klimafreundliche Technologien erleichtert werden, etwa durch bessere Finanzierungsmöglichkeiten oder gezielte Förderinstrumente. Nur wenn Haushalte realistische Alternativen haben, können CO₂-Preise ihre Lenkungswirkung entfalten und werden nicht nur als zusätzliche Kostenbelastung wahrgenommen. Dies stärkt sowohl die Effektivität der Klimapolitik als auch ihre gesellschaftliche Akzeptanz.

VERTEILUNGSWIRKUNGEN DER ENERGIEWENDE

Energie deckt grundlegende Bedürfnisse: Wärme, Licht und ein Mindestmaß an Mobilität sind Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben. Um diese Bedürfnisse zu decken, sind Haushalte mit niedrigen Einkommen gezwungen, einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens für Energie aufzuwenden. Da CO₂-Preise gezielt fossile Energieträger verteuern, wirken sie – ohne flankierende Ausgleichsmaßnahmen – überproportional belastend für einkommensschwächere Haushalte.

Einkommensschwache Haushalte besonders betroffen

ABBILDUNG 1: HISTORISCHE UND ERWARTETE CO₂-PREISE



Erläuterung: Die Preisprognosen für das EU ETS1 folgen Pahle et al. (2025), für das EU ETS2 Günther et al. (2025)

Wie stark Haushalte betroffen sind, ist vielschichtig und hängt stark von den konkreten Handlungsoptionen ab. Oft sind die Unterschiede in der Belastung innerhalb einer Einkommensgruppe sogar größer als zwischen den Einkommensgruppen. Haushalte in einem städtischen Umfeld mit gutem Zugang zum öffentlichen Verkehr können einfacher auf höhere Kraftstoffpreise reagieren als ländliche Haushalte. Mieter/innen in schlecht gedämmten Gebäuden mit hohem Sanierungsbedarf sind höheren Belastungen ausgesetzt, haben aber gleichzeitig geringeren Anpassungsmöglichkeiten als Eigentümer/innen im gut gedämmten Neubau.

Städtisches Umfeld im Vorteil

Die Nettobilanz der individuellen Belastung kann aber auch über die Rückverteilung der staatlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung entscheidend beeinflusst werden. So zeigt eine Vielzahl von Studien, dass eine Pro-Kopf-Rückverteilung der Einnahmen die überproportionale Belastung der einkommensschwächeren Haushalte sogar leicht umkehren kann. Für das Anpassungsverhalten der Haushalte sind jedoch nicht nur laufende Kosten, sondern vor allem Investitionsentscheidungen entscheidend.

Nettobelastung durch Rückverteilung beeinflussbar

Neue CO₂-arme Technologien, ob Elektroauto oder Wärmepumpen, sind aber in den allermeisten Fällen durch höhere Investitionskosten als ihre fossilen Alternativen geprägt. Obwohl die laufenden Kosten der CO₂-armen Technologien, auch wegen den CO₂-Preisen, meist niedriger sind, entscheiden sich viele Haushalte trotzdem für die fossile Alternative, sei es aus Gründen des Zugangs zu Investitionsmitteln, sei aus spezifischen und komplexen Verhaltensgründen oder wegen Informationsdefiziten.

Höhere Investitionskosten bei CO₂-armen Technologien

Dem können Förderprogramme entgegenwirken. Förderprogramme für Klimaschutz – etwa von Förderbanken – stehen allerdings vor einer doppelten Herausforderung. Sie sollen Investitionen anstoßen und zugleich sozial ausgewogen wirken. Ohne gezielte Ausgestaltung sind solche Programme häufig sozial unausgewogen, da von ihnen vor allem Haushalte mit höherem Einkommen profitieren, die über Kapital, Informationen und Planungskapazitäten verfügen. Studien zeigen zudem, dass die Ansprache von Förderprogrammen einkommensabhängig wirkt. Besser gestellte Haushalte reagieren eher auf drohende Nachteile einer Nicht-Teilnahme, einkommensschwächere Haushalte hingegen auf klar kommunizierte und unmittelbar sichtbare Vorteile. Förderprogramme sollten daher stärker an den finanziellen Möglichkeiten der Haushalte ausgerichtet, auch hinsichtlich der Kommunikation, und durch einfache Zugangsregeln sowie begleitende niederschwellige Beratung ergänzt werden.

Diese Zielgenauigkeit ist jedoch nicht kostenlos. Je stärker Förderungen an Einkommen anknüpfen, desto höher werden Prüf- und Verwaltungsaufwand. Förderpolitik bewegt sich damit in einem Zielkonflikt zwischen sozialer Treffsicherheit und einfacher Umsetzung. Wo Preissignale nicht greifen, etwa bei Mieterhaushalten ohne eigenen Investitionsspielraum, bleibt Ordnungsrecht relevant. Allerdings kann auch Ordnungsrecht sozial ungleiche Belastungswirkungen haben, wenn beispielsweise verpflichtende Standards oder Verbote Kosten erhöhen, die häufig über Mieten oder Preise an Haushalte weitergegeben werden. Im Gegensatz zu marktwirtschaftlichen Instrumenten generiert Ordnungsrecht aber keine Einnahmen, die für einen sozialen Ausgleich herangezogen könnten. Umso wichtiger ist eine klare Priorisierung staatlicher Mittel. Statt breit streuender „Gießkannenförderung“ sollten Programme dort ansetzen, wo der Handlungsbedarf und der soziale Nutzen am größten sind – etwa nach dem Prinzip „Worst Performing Buildings First“. Nur wenn Förderpolitik diese Zielkonflikte offen adressiert und Instrumente konsistent ausgestaltet, kann sie wirksam, effizient und gesellschaftlich tragfähig sein.

Es gilt also festzuhalten: Die Verteilungseffekte der Energiewende sind vielfältig und reichen weit über direkte finanzielle Belastungen hinaus. Sie betreffen Haushalte nicht nur über höhere Energiepreise, sondern auch über ihre unterschiedlichen Möglichkeiten darauf zu reagieren – wegen Unterschiede in den Finanzierungsmöglichkeiten oder im Zugang zu Informationen über Alternativen. Damit haben Verteilungswirkungen stets auch eine soziale Dimension. Besonders deutlich wird dies am europäischen Emissionshandel für Gebäude und Verkehr (EU ETS2): Als Preisinstrument setzt er effiziente Anreize zur Emissionsminderung, wirkt jedoch nur dann als gerecht empfundenes und politisch tragfähiges Instrument, wenn Handlungsoptionen verfügbar sind, wenn Rückverteilungsmechanismen und zielgenaue Förderprogramme die Verteilung von Regulierungs- und Anpassungskosten als fair erscheinen lassen und verlässliche politische Rahmenbedingungen für Klarheit sorgen. Die Berücksichtigung von Verteilungswirkungen ist damit kein nachgelagerter Ausgleich für unerwünschte Nebenfolgen, sondern integraler Bestandteil des politischen Instrumentendesigns. Allerdings zeigt die Forschung, dass nicht nur objektive Belastungen und deren Verteilung die Akzeptanz der Energiewende erklären kann, wie Menschen Klimapolitik bewerten.

AKZEPTANZ DER ENERGIEWENDE

Viele Umfragen zeigen, dass die Energiewende grundsätzlich breite Zustimmung genießt. Diese Unterstützung ist jedoch deutlich weniger stabil, sobald Maßnahmen Haushalte unmittelbar betreffen. Der geplante EU ETS2 ist hierfür ein typisches Beispiel. Als abstraktes Klimaschutzinstrument wird er und das dahinter liegende Verursacherprinzip akzeptiert, seine konkreten Fol-

Förderprogramme müssen gezielt und sozial ausgewogen ausgestaltet sein

Förderungen vs. Ordnungsrecht

Die Berücksichtigung von Verteilungswirkungen muss integraler Bestandteil des politischen Instrumentendesigns sein

Breite Zustimmung zur Energiewende, aber wenig Akzeptanz konkreter Maßnahmen

gen – etwa steigende Heiz- oder Kraftstoffpreise – stoßen jedoch auf Widerstand. Für die Politik folgt daraus eine zentrale Lehre: Zustimmung zum Ziel ersetzt nicht die Akzeptanz der konkreten Instrumente. Maßnahmen müssen deshalb so ausgestaltet werden, dass ihre konkreten Wirkungen nachvollziehbar, begrenzt und als fair wahrgenommen werden.

Die Bewertung von konkreten Maßnahmen folgt selten einer rein rationalen Abwägung. Risiken und Unsicherheiten werden häufig stärker gewichtet als mögliche Gewinne. Menschen halten am Bestehenden fest und kurzfristige Kosten dominieren gegenüber späteren Einsparungen. Haushalte haben beispielsweise oft Schwierigkeiten, abstrakte „Preis pro Tonne CO₂“-Kennzahlen in daraus resultierende tatsächliche monatliche Belastung zu transferieren oder die davon ausgehenden Lenkungswirkungen zu verstehen.

Menschen bewerten Klimapolitik im Vergleich zu anderen Politikfeldern, ihren Normen und ihren Auswirkungen auf ihr Leben, auch relativ zu anderen Menschen. Akzeptanz ist daher kontextabhängig und kann sich über die Zeit verändern. Gesellschaftliche Lernprozesse – etwa beim Rauchen – zeigen, dass soziale Normen Wandel ermöglichen können. In der Klimapolitik ist dieser gemeinsame Referenzrahmen jedoch ungleich ausgeprägt: Während die Stromwende weitgehend akzeptiert, da sie – vom Bau von Windkraftanlagen abgesehen – oft abstrakter wirkt, ist, sind Wärme- und Mobilitätswende konfliktträchtiger, weil sie stärker in den Alltag und Lebenswirklichkeit der Menschen eingreifen.

Akzeptanz hängt entscheidend davon ab, wie Politik erklärt wird. Empirische Befunde zeigen sogar, dass Kommunikation und Erklärung einer Maßnahme für ihre Akzeptanz häufig relevanter sind als die tatsächliche ökonomische Belastung. Erfolgreiche Kommunikation rückt dabei nicht primär die Kosten, sondern konkrete Nutzen in den Vordergrund – für das Klima ebenso wie für Versorgungssicherheit und die Unabhängigkeit von Energieimporten.

Gerade bei komplexen Instrumenten wie dem Emissionshandel sind frühzeitige, gebündelte und verständliche Informationen zentral. Widersprüchliche Signale und häufige Regeländerungen untergraben Vertrauen. Kommunikation ist daher kein Begleitinstrument, sondern ein integraler Bestandteil wirksamer Energiewendepolitik. Das ist eine Herausforderung in einer zunehmend polarisierten und schnelllebigen Politiklandschaft.

Akzeptanz und Unterstützung entstehen jedoch nicht allein durch direkte politische Kommunikation, sondern auch durch die wahrgenommene Zustimmung im Umfeld. Studien zeigen, dass viele Menschen die gesellschaftliche Unterstützung für Klimapolitik systematisch unterschätzen und Klimaschutzmaßnahmen fälschlich als stark umstritten wahrnehmen – was die eigene Unterstützung und das persönliche Engagement dämpft.

Auch die Art und Weise wie politischer Entscheidungsprozesse ausgestaltet sind, spielt eine zentrale Rolle. Besonders wichtig ist dabei die prozedurale Fairness. Transparente Verfahren, nachvollziehbare Entscheidungswege und glaubwürdige Beteiligungsmöglichkeiten erhöhen die Akzeptanz politischer Maßnahmen oft stärker als eine rein finanzielle Kompensation. So zeigen empirische Befunde beim Windkraftausbau, dass transparente Verfahren und frühzeitige Bürgerbeteiligung für die Akzeptanz oft wichtiger sind als monetäre Ausgleichsmaßnahmen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Akzeptanz entsteht nicht automatisch aus Effizienz oder finanzieller Entlastung. Sie ergibt sich aus eigenen Wahrnehmungen, sozialen Vergleichsprozessen und Vertrauen in politisches Handeln. Eine tragfähige Energiewendepolitik muss daher systematisch berücksichtigen, wie Menschen Entscheidungen treffen, über die Zukunft nachdenken, Verantwortung teilen und politische Maßnahmen bewerten. Nur wenn ökonomische, psychologische und soziale Mechanismen zusammengedacht werden, lassen sich Klimaschutzinstrumente dauerhaft gesellschaftlich verankern.

**Lenkungswirkungen
schwer verständlich**

Wärme- und Mobilitätswende konfliktträchtiger, weil sie stark in Alltag eingreift

Kommunikation für Akzeptanz relevanter als Kosten

Frühzeitige Informationen sind zentral für den Erfolg

Wahrgenommene gesellschaftliche Unterstützung und ...

... transparente Entscheidungsprozesse prägen die Akzeptanz von Klimapolitik entscheidend

LEKTIONEN FÜR GUTES POLITIKDESIGN

LEKTION 1: KOMPLEXITÄT STRUKTURIEREN UND VERLÄSSLICHKEIT SCHAFFEN

Die Energiewende ist für Haushalte und Unternehmen mit langfristigen Entscheidungen verbunden – etwa bei Heizsystemen oder Fahrzeugen. Häufige Regeländerungen, widersprüchliche Signale und kurzfristige Korrekturen erhöhen Unsicherheit und verzögern Investitionen. Die Erfahrung mit dem Gebäudeenergiegesetz zeigt: Nicht die Ambition an sich untergräbt Akzeptanz, sondern fehlende Planbarkeit. Gute Politik reduziert Komplexität, indem sie klare Zielpfade, Übergangsfristen und konsistente Regeln definiert.

Für das EU ETS2 bedeutet dies insbesondere früh kommunizierte Preisleitplanken und transparente Anpassungsmechanismen. Politische Stabilität ist dabei kein Nebenprodukt, sondern selbst eine Form von Verteilungs- und Akzeptanzpolitik, weil sie Investitionsrisiken senkt und damit Handlungsspielräume eröffnet.

Regeländerungen und Korrekturen verhindern Investitionen

Politische Stabilität schafft Akzeptanz

LEKTION 2: POLITIK SO GESTALTEN, WIE MENSCHEN TATSÄCHLICH ENTSCHIEDEN

Ökonomisch effiziente Preissignale sind notwendig, reichen aber allein nicht aus – insbesondere in der Wärme- und Verkehrswende. Haushalte entscheiden unter Unsicherheit, mit begrenzter Information und oft unter Liquiditätsrestriktionen. Politikdesign muss diese Realität berücksichtigen. Durch einfache Förderlogiken, gezielte Beratung, sinnvolle Defaults und verbindliche Standards dort, wo Preissignale nicht greifen. Empirische Evidenz zeigt, dass selbst gut amortisierende Investitionen ohne solche Begleitstrukturen häufig unterbleiben.

Effizienz bleibt dennoch zentral. Gerade in der Wärmewende ist eine Priorisierung notwendig, etwa auf besonders ineffiziente Gebäude. Gleichzeitig müssen soziale Auswirkungen mitgedacht werden, da gerade Eigentümer/innen solcher Gebäude nicht immer über die nötigen Mittel verfügen. Das ist eine hochkomplexe Aufgabe. Lernende Politikansätze – etwa Pilotprojekte, Reallabore und randomisierte Feldstudien – können helfen, Gestaltung und Wirkung systematisch zu verbessern.

Preissignale notwendig, aber nicht ausreichend

Priorisierung auf ineffiziente Gebäude notwendig

LEKTION 3: FAIRNESS ALS ZENTRALE POLITISCHE RESSOURCE BEGREIFEN

Akzeptanz entsteht nicht allein durch Ausgleichszahlungen, sondern durch das Zusammenspiel von Verteilungsgerechtigkeit, fairen Verfahren und gesellschaftlicher Anerkennung unterschiedlicher Lebenslagen. Für das EU ETS2 ist daher entscheidend, dass Rückverteilungsmechanismen wie ein Klimageld sichtbar, automatisch und unbürokratisch ausgestaltet sind. Ebenso wichtig ist es, regionale und soziale Unterschiede ernst zu nehmen, statt Politik am „Durchschnittshaushalt“ auszurichten. Wo Menschen das Gefühl haben, systematisch benachteiligt oder übergangen zu werden, verliert auch ökonomisch sinnvolle Klimapolitik ihre Legitimität.

Rückverteilungsmechanismen müssen sichtbar sein

LEKTION 4: KOMMUNIKATION ALS INTEGRALEN BESTANDTEIL DER KLIMAPOLITIK VERSTEHEN

Wie Klimapolitik wahrgenommen wird, hängt stark von ihrer Erklärung und Einbettung ab. Studien zeigen, dass ein erheblicher Teil der Akzeptanz durch die Interpretation zentraler Eigenschaften – etwa wahrgenommene Kosten – vermittelt wird. Politik muss Narrative daher aktiv gestalten, statt nur auf Kritik zu reagieren.

Narrative aktiv gestalten und Politik alltagsnah erklären

Mit Blick auf das EU ETS2 sollte frühzeitig, ehrlich und alltagsnah erklärt werden: Was bedeutet das Instrument konkret? Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es? Welche Unterstützung steht bereit? Glaubwürdige Institutionen, die Kompetenz, Kontinuität und eine offene Fehlerkultur zeigen, sind dafür eine zentrale Voraussetzung.

KONSEQUENZEN FÜR EINE WIRKSAME, EFFIZIENTE UND SOZIAL TRAGFÄHIGE KLIMAPOLITIK

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie kommunikativ begleitet, institutionell verlässlich und sozial ausgewogen gestaltet wird. Grundlage dafür ist ein effizienter, dezentral wirkender Einsatz von Ressourcen, wie ihn marktbasierten Instrumente wie der Emissionshandel ermöglichen. Für sich genommen reicht dies jedoch nicht aus.

Das EU ETS2 steht exemplarisch für diese Herausforderung. Als ökonomisch effizientes Instrument kann es nur dann gesellschaftlich tragfähig sein, wenn transparente Kommunikation und eine zielgenaue, wirksame Unterstützung beim Ausgleich als ungerecht empfundener Belastungen zusammenspielen. Die um ein Jahr verschobene Einführung sollte daher gezielt genutzt werden, um Funktionsweise, Ziele und Wirkungen des Instruments besser zu erklären und Vertrauen aufzubauen. Zugleich sollten bestehende Förderprogramme systematisch auf ihre Wirksamkeit und Zielgenauigkeit überprüft werden.

Die zentrale politische Aufgabe besteht damit weniger in der Wahl einzelner Instrumente als in der kohärenten Architektur eines Politiksystems, das Effizienz, Fairness und Akzeptanz miteinander verbindet.

Ressourcen gekonnt einsetzen

Förderprogramme auf Wirksamkeit und Zielgenauigkeit prüfen

DIE VERANSTALTUNGSREIHE „ENERGIEWENDE AUF DEM PRÜFSTAND“

Dieser Policy Brief basiert auf den Diskussionen einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe, die im Herbst 2025 am ZEW Mannheim stattfand und Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu Fragen von Verteilung, Akzeptanz und Politikdesign der Energiewende zusammenbrachte. Die Reihe wurde mit Förderung und Unterstützung der MVV Stiftung Zukunft durchgeführt. Dieser Text fasst die Erkenntnisse dieser Diskussionen zusammen und spiegelt nicht zwingend die Einschätzung der einzelnen Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer wider.

VERTEILUNGSWIRKUNGEN DER ENERGIEWENDE – ERKENNTNISSTAND UND OFFENE FRAGEN

In der Veranstaltung am 25. September 2025 standen die monetären Verteilungswirkungen der Energiewende auf Haushalte im Mittelpunkt, insbesondere im Kontext steigender Energiepreise und des EU-ETS 2. Diskutiert wurde mit Prof. Dr. Sebastian Rausch, Swantje Fiedler, Prof. Dr. Timo Goeschl, und Dr. Katja Schumacher wie unterschiedlich Haushalte betroffen sind und welche politischen Instrumente soziale Härten abfedern können.

AKZEPTANZ DER ENERGIEWENDE – WAS BESTIMMT ZUSTIMMUNG ZU KLIMAPOLITIK?

Die Veranstaltung am 22. Oktober 2025 widmete sich den psychologischen und gesellschaftlichen Determinanten der Akzeptanz von Klimapolitik jenseits rein finanzieller Belastungen. Auf dem Podium diskutierten Prof. Dr. Martin Kesternich, Dr. Elisabeth Dütschke, Sara Hagemann und Prof. Dr. Linus Mattauch, welche Rolle Wahrnehmungen von Fairness, Kommunikation, soziale Normen und Vertrauen für die Unterstützung konkreter Maßnahmen spielen.

ENERGIEWENDEPOLITIK AUF DEM PRÜFSTAND: WAS FUNKTIONIERT – UND WIRD MITGETRAGEN?

In der abschließenden Veranstaltung am 20. November 2025 wurden die Erkenntnisse zu Verteilung und Akzeptanz zusammengeführt und auf die konkrete Ausgestaltung von Politik übertragen. Diskutiert wurde mit Prof. Dr. Kathrine von Graevenitz, Dr. Andre Baumann, Prof. Dr. Karen Pittel und Astrid Schaffert, wie ein kohärenter Instrumentenmix aussehen kann, der sowohl wirksam als auch gesellschaftlich tragfähig ist.

LITERATUR

Günther, C., Pahle, M., Govorukha, K., Osorio, S., und Fotiou, T. (2026). Carbon prices on the rise? Shedding light on the emerging second EU Emission Trading System (EU ETS 2). *Climate Policy*, 26:1, 92-103.

Pahle, M., Quemin, S., Osorio, S., Günther, C., und Pietzker, R. (2025). The emerging endgame: The EU ETS on the road toward climate neutrality. *Resource and Energy Economics*, 81:101476.



Impressum

Autor: Dr. Oliver Schenker (ZEW Mannheim)

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · info@zew.de · www.zew.de · x.com/zew

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Kaufmännische Geschäftsführerin: Claudia von Schuttenbach

Ansprechpartner in der Pressestelle: Bastian Thüne · presse@zew.de

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Dieser ZEW policy brief wurde von der MVV Stiftung Zukunft finanziell unterstützt.
Wir danken Martin Palmiste für die tolle Unterstützung beim Erstellen der Abbildung.

ZEW

Leibniz
Leibniz
Gemeinschaft